

Peter I.
König von Deutschland
Oberster Souverän
Königreich Deutschland
Menschensohn des Horst und der Erika
aus dem Hause Fitzek [Peter Fitzek (sic!)]
Petersplatz 1
Königreich Deutschland
[06889] zu Wittenberg

Vorwort

Erklärung zu den Tatsachen im Strafverfahren,

Az. - 2 Ds 180/22 (394 Js 11964/22) –
vor dem AG Wittenberg
im Termin zur mündlichen Verhandlung am 13.07.2023 um 10 Uhr,

gegen Uns, wegen vermeintlicher Körperverletzung und vermeintlicher Beleidigung.

Es liegen Prozesshinderungsgründe vor. Um diese zu belegen, haben Wir, Peter I. folgendes Gutachten zur Existenz und dem Fakt der Staatseigenschaft des Königreiches Deutschland erstellt, welches hiermit verlesen wird und zum Beweis der Tatsache dienen soll, dass das Königreich Deutschland ein Staat im Sinne des Völkerrechtes ist und Wir, Peter I., als gewähltes Staatsoberhaupt des Staates Königreich Deutschland, folglich gemäß der höherrangigen Vorschriften des allgemeinen Völkergewohnheitsrechtes durch die dort verankerten Staatenimmunität Immunität genießen und folglich Prozesshinderungsgründe vorliegen.

Gutachten

zur Frage:

„Ist das Königreich Deutschland ein Staat im Sinne des Völkerrechtes?“

Ebenso wird die Frage:

„Ist eine Staatsgründung im Gebiete Deutschlands (Deutsches Reich) möglich?“

näher behandelt.

Gutachter:

Wir

Peter I.

König von Deutschland
Oberster Souverän
Königreich Deutschland
Menschensohn des Horst und der Erika
aus dem Hause Fitzek [Peter Fitzek (sic!)]
Petersplatz 1
Königreich Deutschland
[06889] zu Wittenberg

Um diese Fragen substantiiert beantworten zu können, ist es erforderlich, die Entstehungsgeschichte des Königreiches Deutschland zu betrachten, es sind die völkerrechtlichen Normen, die faktisch angewandten Regularien des Grundgesetzes, als auch die Staatsaufbaukriterien des Königreiches Deutschland zu begutachten.

1. Entstehungsgeschichte des Königreiches Deutschland, beschränkt auf die wesentlichen Punkte

Bereits im Jahre 2006 gründete der spätere Gründer des Königreiches Deutschland, Peter Fitzek, einen gemeinnützigen eingetragenen Verein mit Namen „Ganzheitliche Wege e.V.“.

Beweise in Ablichtungen:

Satzung Ganzheitliche Wege e.V.

Anlage 1

Vereinsregistrauszug Ganzheitliche Wege e.V.

Anlage 2

In der Satzung hatte der Gründer und Vorstandsvorsitzende bereits 2006 zum Ziel formuliert, neue staatliche Strukturen zu schaffen.

Mithilfe des Vereins wurden die ersten Versuche eines neuen Geldwesens, eines neuen Bankwesens und die ersten Ideen einer Sozialkasse entwickelt. Nach einer dreijährigen Erprobungsphase wurden die Ergebnisse dann für eine Expansion als tauglich befunden. Deshalb begab sich der Vorstandsvorsitzende im ersten Quartal des Jahres 2009 zum Finanzamt Wittenberg mit dem Ziel, einen weiteren gemeinnützigen Verein – Neudeutschland – und zudem eine gleichnamige gemeinnützige Stiftung zu gründen. Diese waren miteinander zu einer Vereinigung NeuDeutschland verbunden worden. Nach etwa vier Monaten Verhandlung mit dem Finanzamt Wittenberg, kam es zu einem ersten Termin mit dem Referatsleiter der Oberfinanzdirektion Magdeburg. Mit diesem wurden die Verhandlungen zu den Verfassungsinhalten des Vereins „Neudeutschland“ und der Stiftungsverfassung „Neudeutschland Stiftung“ zu Ende geführt.

Die folgenden wesentlichen Inhalte in beiden Verfassungen wurden vereinbart:

„ ... Schaffung einer unabhängigen, dem Volk dienend und verpflichtend handelnden gesetzgebenden Körperschaft oder Legislative, Jurisdiktion oder Judikative, ausführende Gewalt oder Exekutive, Verwaltung ...

Dies soll hinsichtlich aller Tätigkeitsbereiche, hinsichtlich aller Eigentums- und Vermögenswerte, hinsichtlich aller ihr angegliederten natürlichen und juristischen Personen, Körperschaften oder anderer Organisationen und Gemeinschaften [...] ausgeübt werden.

*Der **Verein und die mit dem Verein verbundenen natürlichen und juristischen Personen und Körperschaften fördern damit in Selbstverwaltung den Aufbau eines sich entwickelnden Staatswesens in Sukzession** (Rechtsnachfolge) **gemäß völkerrechtlichen [...] Normen und Werten.***

Der Verein [...] wird [...] eine in den Verein eingebundene umfassende Verfassung als legitime Grundlage des Handelns schaffen und anbieten.

Der Verein wird mit Hilfe des Rechts in Verbindung mit der gleichnamigen Stiftung eigene staatliche oder staatsähnliche Strukturen schaffen.

... Schaffung eines einfacheren Rechtswesens [...] selbstlos arbeitenden alternativen Finanzstrukturen und -instituten im Dienste am Allgemeinwohl. [...] staatliche Schaffung eines zins- und zinseszinslosen Währungssystems ... Staatsmodells ohne Steuersystem in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung ...“

[Hervorhebungen durch den Unterzeichner]

Das Endergebnis der Verhandlungen waren die im August 2009 erteilten Gemeinnützigkeitsbescheide, welche als Vereinbarung zwischen dem Gründer der Vereinigung NeuDeutschland und der bundesrepublikanischen Besatzungsverwaltung, mit dem Ziel der konsensualen unechten Sezession in möglicher Rechtsnachfolge für das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 und seiner Bundesstaaten, zu werten ist. Diese Rechtsnachfolge sollte gemäß der Vereinbarung dann greifen, wenn sich das Reich wieder flächendeckend oder wenigstens in (erheblichen) Teilen organisieren ließe.

Beweise in Ablichtungen:

Vereinsverfassung „Neudeutschland“

Anlage 3

Stiftungsverfassung „Neudeutschland Stiftung“

Anlage 4

Gemeinnützigkeitsbescheid Verein „Neudeutschland e.V.“ v. 19.08.2009

Anlage 5

Gemeinnützigkeitsbescheid „Stiftung Neudeutschland“

Anlage 6

In den drei Folgejahren schuf oder erweiterte der Vorstandsvorsitzende Peter Fitzek mithilfe der Vereinigung NeuDeutschland und seiner Mitglieder die vereinbarten legislativen, judikativen und exekutiven Strukturen vergleichbar mit institutionellen Organen eines Staates und zudem die erforderlichen Verwaltungs-, Organisations- und weitere Staatsaufbaustrukturen, wie zum Beispiel ein eigenes Zahlungsmittel, eine eigene Bank, eigene Sozialabsicherungen, eine eigene Akademie usw.

Im Jahre 2012 waren die Strukturen so weit gewachsen, dass der Vorstandsvorsitzende mehrere Veranstaltungen als größeren Staatsaufbauversuch in Form einer basisdemokratischen Räterepublik mithilfe einer Verfassungsgebenden Versammlung durchführte. Dabei wurde auch ein Verfassungsentwurf vorgestellt, welche vom Gründer abgefasst worden war. Das letztliche Ziel war, die im Jahre 2009 vereinbarte konsensuale unechte Sezession durch eine Staatsgründung zu vollenden und damit auch den Auftrag des Art. 146 GG umzusetzen.

Da es im Jahre 2012 an der Mitwirkung verantwortungsvoller Beteiligung Dritter sowohl für den basisdemokratischen Aufbau als auch an den Räten fehlte, wurde die in den ersten Veranstaltungen vom Gründer vorgestellte Verfassung umgeschrieben und

der Staat deshalb dann mithilfe einer öffentlichen Staatsgründungszeremonie am 16.9.2012 in der Staatsform einer konstitutionellen Wahlmonarchie gegründet. Dies wurde auch von einem im Rahmen eines fremdbeantragten Insolvenzverfahrens (durch die BaFin) gegen „Peter Fitzek“ (sic!) angefertigten Gutachtens bestätigt, in dem es u.a. heißt:

*„Da die Vorstellungen des Schuldners zur Manifestierung einer Basisdemokratie mangels verantwortungsvoller Beteiligung Dritter nicht realisiert werden konnte, errichtete er im Jahre 2012 in der Lutherstadt Wittenberg in der **Staatsform der Monarchie** das Königreich Deutschland.“*

An zahlreichen weiteren Stellen spricht der Gutachter in unzweifelhafter Weise über die Staatlichkeit des Königreiches Deutschland, indem er auf das Staatsgebiet, das Staatsvolk, auf die bestehende Verfassung und Gesetze und auch auf bestehende institutionelle Organe wie die Königliche Reichsbank oder das Gesundheitswesen, als auch auf die Zweckbetriebe (Staatsbetriebe) hinweist.

Beweis in Ablichtung in Ablichtung:

Gutachten vom 15.02.2019 hww - RA Henning Schorisch als Sachver- **Anlage 7**
ständiger im Insolvenzverfahren, AG Dessau-Roßlau - 2 IN 315/16 -

Neben der gegenwärtig noch monarchistischen Ausgestaltung ist in der Verfassung zudem die Basisdemokratie und die daraus von unten nach oben wachsende Räterepublik verankert, wobei sich die jeweiligen Räte aus den gewählten Präsidenten der jeweils darunter liegenden Strukturen ergeben. So sind die Räte zudem jeweils mit den Kommunen verbunden, aus denen die Räte kommen.

Der vormalige Vorstandsvorsitzende der Vereinigung NeuDeutschland, Peter Fitzek, hatte bis zu diesem Zeitpunkt alle Vertraglichkeiten zur Bundesrepublik Deutschland beendet. Er wurde im Rahmen der Staatsgründung nun zum Staatsoberhaupt, Wir, Peter I., Oberster Souverän mit dem Titel „König von Deutschland“ gewählt.

Während der Staatsgründungszeremonie wurde von allen Gründern eine Gründungsurkunde und eine Verfassungsurkunde unterzeichnet. Diese wurden nach der Annahme vom gewählten Staatsoberhaupt verkündet.

Anwesend bei dieser Staatsgründungszeremonie war auch ein Staatsrechtsprofessor aus Paraguay, Carlos Vera Bordaberry (Siehe Foto: Anlage 11 Seite 4), welcher den völkerrechtswirksamen Akt der Staatsgründung bestätigte.

Beweise in Ablichtungen:

Aktuelle Verfassung Königreich Deutschland	Anlage 8
Kopie der unterzeichneten Gründungsurkunde	Anlage 9
Kopie der unterzeichneten Verfassungsurkunde	Anlage 10
Bilder von der Staatsgründungszeremonie	Anlage 11

Sobald sich der Staat konstituiert hatte, wurde die weitere Struktur konsequent ausgebaut. So wurden sogleich weitere Gesetze, wie zum Beispiel ein Staatsangehörigkeitsgesetz (*s. Reichsgesetzblatt, zu finden auf der Internetseite „gemeinwohlstaat.org“*

unter „Wissen und Recht“ dann „Reichsgesetzblatt und Reichsanzeiger“ unter „Jahrgang 2012“, Gesetz „Nr. 1 Staatsangehörigkeit“), erlassen und auch die weitere Ausgestaltung von Verwaltungsstrukturen, um die Verfassung und die Gesetze durchzusetzen, nahm weiter Form an.

Aus den Erkenntnissen der gemeinnützigen Stiftung Neudeutschland wurden die Ideen und Strukturen in etwa auch in der Stiftung Königreich Deutschland verankert. Hier wurde Peter I, dann als Treuhänder mit der Bezeichnung Wir, Peter I, Menschensohn ... eingesetzt. Diese Stiftung, vertreten durch ihren Treuhänder, das Staatsoberhaupt des Staates Königreich Deutschland, trat bereits mehrfach öffentlich in Erscheinung. Dies resultierte auch aus den Vereinbarungen, die das Staatsoberhaupt bereits 2009 mit dem stellvertretenden Vorsteher des Finanzamtes Wittenberg und dem Referatsleiter der Oberfinanzdirektion verhandelt hatte.

Beweise in Ablichtungen:

Urkunde UR-Nr. 585 vom 22.08.2013 des Notars Jürgen Scheibner	Anlage 12
Urkunde UR-Nr. 669 vom 09.10.2013 des Notars Jürgen Scheibner	Anlage 13
Urteil vom 19.11.2018 des LG Dessau-Roßlau, Az. 4 O 527/18, vertr. d.d.Treuhänder Wir, Peter, Menschensohn ...	Anlage 14
Sitzungsprotokoll v. 10.04.2019 d. OLG Naumburg, Az. 12 U 108/18 *Hs*	Anlage 15

2. Bewertung der völkerrechtlichen Situation in der Bundesrepublik (in) Deutschland

Bereits im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 2 BvF 1/73 kommt zum Ausdruck, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch als Völkerrechtssubjekt überdauert hat. Die Bundesrepublik sei nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern vielmehr mit dem Deutschen Reich identisch, zumindest in seiner räumlichen Ausdehnung, teilidentisch.

Die Bundesrepublik bezieht und identifiziert sich in dieser Sichtweise auf die Grenzen vom 31.12.1937. Dies ist u.a. auch im Artikel 116 GG sichtbar. Ebenso bringen die Alliierten diesen Gebietsstand in den Besatzungsrechten im Gesetz Nr. 52, Art. 7, Abs. 9 (e) der SHAEF-Gesetze zum Ausdruck, wo es unter Begriffsbestimmungen heißt:

„Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.“

Dies ist der Grenz- und Gebietsstand, wie er zur nationalsozialistischen Zeit bis 1945 bestand.

Weder im Urteil 2 BvF 1/73 und auch nicht an anderer Stelle hat sich das Bundesverfassungsgericht zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für die deutschen Völker, Deutschland oder das Deutsche Reich geäußert. Folglich kann ein Alleinvertretungsanspruch auch nicht angenommen werden. Dieser Alleinvertretungsanspruch kann und darf auch schon deshalb für die Bundesrepublik Deutschland oder die NGO „Germany“ oder auch das handlungsunfähige Deutsche Reich nicht bestehen, da gemäß Art. 20 GG und internationalem Recht alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und schon deshalb allein das Volk das Recht hat, sich eine eigene (neue) staatliche Ordnung zu geben. Dies kommt sowohl im Art. 146 GG, als auch im Selbstbestimmungs-

recht der Völker zum Ausdruck, welches allgemein anerkanntes Völkergewohnheitsrecht ist.

Die Bundesrepublik war von Anbeginn nur als eine Übergangslösung von den Besatzungsmächten ausgestaltet worden, die so lange Bestand haben sollte, bis sich das deutsche Volk in eigener Selbstbestimmung eine eigene Verfassung gibt. Dies ist mit der Verkündung der Verfassung des Königreiches Deutschland im Rahmen einer immer noch weiter andauernden Verfassungsgebenden Versammlung geschehen (vgl. hierzu BVerfGE 2BvG 1/51). Diese besteht weiter fort, da das Volk auch weiterhin mit an der konkreten Ausgestaltung und Verbreitung der Verfassung mitarbeiten kann. Dies wird auch in den zahlreichen Verfassungsänderungen ersichtlich, die bereits getätigt worden sind und weiter getätigt werden. Diese – bisher fünf – Verfassungsänderungen sind in der aktuellen Ausgabe der Verfassung und auch auf der Internetseite „gemeinwohlstaat.org“ ersichtlich.

Beweis in Ablichtung:

aktuelle Verfassung Königreich Deutschland

**Anlage 8
b.b.**

Noch in diesem Jahr wird es wieder eine größere Verfassungsänderung geben, da wieder zahlreiche Individuen schriftliche Besserungen eingereicht haben. Zudem wird diese Verfassung auch weiterhin immer mehr Individuen zugänglich gemacht und angeboten, diese für sich anzunehmen.

Letztlich geht es um die grund- und völkerrechtskonforme Beseitigung der Besatzung, welche gemäß Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1994, Teil II, Seiten 40-44 nach deutschem Recht fortbesteht und erst beendet ist, wenn sich das deutsche Volk durch das Annehmen einer (neuen und zeitgemäßen) Verfassung kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt selbst befreit. Diese verfassungsgebende Gewalt ist im Art. 20 Abs. 2 zu finden und die Befreiung vom ins deutsche Recht übertragene Besatzungsrecht ist im Art. 146 GG ersichtlich.

Dies wird zudem auch in den Art. 23 und 28 GG, in den Begriffsbestimmungen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den sog. Verfassungsgrundsätzen – zusammenfassend formuliert im § 92 StGB – und auch in den Kommunalverfassungsgesetzen (*z.B. Art. 10 des KVG LSA*) ersichtlich. Hierbei haben auch die Kommunen das Recht, sich selbst eine eigene Verfassung zu geben und sich damit von der Bundes- und Landesregierung und damit vom Besatzungsrecht zu lösen (*s. auch 4. Verfassungsgrundsatz*).

3. Völkerrechtliche Voraussetzung

Die Konvention von Montevideo, welche die Rechte und Pflichten der Staaten klarlegt, bestätigt, genau wie die deutsche Rechtsprechung in völkerrechtlichen Fragen, dass ein Staat nicht zwingend die Anerkennung anderer Staaten braucht.

Gemäß Art. 25 GG gehen die Regeln des allgemeinen Völkerrechtes den Gesetzen der Bundesrepublik vor. Darunter ist das Völkergewohnheitsrecht zu verstehen.

Ein paar Auszüge aus der Konvention von Montevideo, welche zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes, also zum Völkergewohnheitsrecht, gehört:

„Artikel 1

Der Staat als eine Person des internationalen Rechts sollte über die folgenden Merkmale verfügen:

- a) eine ständige Bevölkerung*
- b) ein definiertes Territorium*
- c) eine Regierung*
- d) die Fähigkeit, mit anderen Staaten in Beziehung zu treten.*

Artikel 3

Die politische Existenz eines Staates ist unabhängig von der Anerkennung durch andere Staaten. Auch vor dieser Anerkennung hat ein Staat das Recht, seine Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen, für seine Erhaltung und seinen Wohlstand zu sorgen, sich konsequent und nach eigenen Vorstellungen angebracht zu organisieren, gemäß seinen Interessen Gesetze zu erlassen, seine Verwaltungsangelegenheiten zu regeln sowie die Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit seiner Gerichte festzulegen.

Die Ausübung dieser Rechte hat keine andere Begrenzung als die Ausübung dieser Rechte durch andere Staaten gemäß internationalem Recht.

Artikel 4

[...] Die Rechte eines jeden Staates hängen nicht von seiner Stärke ab, die zu ihrer Ausübung benötigt wird, sondern von dem simplen Fakt seiner Existenz als Person gemäß internationalem Recht.

Artikel 5

Die grundlegenden Rechte der Staaten sind in keiner Weise angreifbar.

Artikel 7

Die Anerkennung eines Staates kann ausdrücklich oder stillschweigend erfolgen. Die letztere resultiert aus jeder Handlung, aus der die Absicht zur Anerkennung des neuen Staates abgeleitet werden kann.

Artikel 8

Kein Staat hat das Recht, in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen.

Artikel 9

Die staatliche Rechtsprechung innerhalb der Grenzen des nationalen Territoriums wird auf alle Bewohner angewendet. Nationale oder Ausländer genießen denselben Rechtsschutz und nationale Autoritäten oder Ausländer dürfen nicht weitergehende Rechte beanspruchen als die Nationalen.

Artikel 10

Das vorrangige Interesse der Staaten ist die Einhaltung des Friedens. [...]“

In seinem Urteil vom 14.02.1989 (18 A 858/87; NvwZ 1989, 790 (ZaöRV 51 [1991], 191) hat das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt, dass ein Staat nicht die Anerkennung anderer Staaten braucht und dazu wie folgt ausgeführt:

„Ein neuer Staat erwirbt seine Völkerrechtspersönlichkeit unabhängig von seiner Anerkennung oder Nichtanerkennung durch die bloße Tatsache seines Entstehens; die in der Anerkennung liegende Feststellung, daß der Staat entstanden sei, ist nur deklaratorischer Natur.“

[Hervorhebungen durch den Unterzeichner]

Es ist also nicht erforderlich für die Existenz des Königreiches Deutschland als Staat im Sinne des Völkerrechtes, dass die Bundesrepublik Deutschland, Deutschland (Deutsches Reich) oder ein anderer Staat das Königreich Deutschland anerkennt.

Trotz eines fehlenden Anerkennungszwanges durch andere Staaten um die staatliche Existenz des Königreiches Deutschland zu begründen, hat der Oberste Souverän schon vor geraumer Zeit die Möglichkeit für eine internationale Wechselwirkung und Erneuerung auf globaler Ebene mithilfe einer Internationalen Organisation geschaffen. Die Ausgestaltung der Internationalen Organisation ist im Internet unter: united-nations.org abrufbar.

Die Fähigkeit, mit anderen Staaten in Wechselwirkung zu treten, ist neben dem Aufbau diplomatischer und konsularischer Beziehungen *(das Königreich Deutschland hat sowohl das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen als auch das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen ratifiziert; s. RGBl. Jahrgang 2013, Nr. 1 und Nr. 2)* oder einer völkerrechtlichen Anerkennungsnote zusätzlich über diese Internationale Organisation möglich.

3.1. Gegenwärtige Völkerrechtssituation in Europa

Zahlreiche Politiker der Bundesrepublik haben bereits darauf hingewiesen, dass das Völkerrecht in der Anwendung an Beachtung und Kraft verloren hat. Es sei längst „ad absurdum“ geführt worden, konnte man sogar bereits von Wolfgang Schäuble vernehmen.

Das liegt daran, dass gewisse Kreise sich schon seit langer Zeit darum bemühen, die Rechte der Völker immer weiter zu untergraben. Sie bemühen sich, immer mehr Macht in ihre eigenen Hände zu zentralisieren. Nicht alle finden sich damit so leicht ab, denn diese Bestrebungen sind rechtswidrig und demokratiefeindlich. Sie widersprechen auch dem im Art. 5 EUV verankertem Subsidiaritätsprinzip, welches sich auch im Art. 23 GG wiederfindet. Dies widerspricht auch dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches zweifelsfrei zu den allgemeinen Grundsätzen des Völkergewohnheitsrechtes gehört.

Angeblich geht es bei diesen zentralistischen Bestrebungen um die Friedenssicherung in Europa. Wird dies jedoch genauer betrachtet, erkennt man, dass die Anhänger des Zentralismus, also eines vereinten Europas, eher Machterhalt und Kontrolle als Frieden und Demokratie anstreben. Als man den Völkern eine europäische Verfassung anbot, hatte dieses Verfassungsangebot derart undemokratische Züge, dass dieses von den wenigen Völkern, welche darüber abstimmen sollten, abgelehnt worden ist. In Deutschland wurde man dazu gar nicht erst befragt.

Daraus resultierend hat man dann einen Europäischen Unionsvertrag (EUV) aufgesetzt, welcher nun die vordem angestrebte europäische Verfassung, ohne eine Wahlbeteiligung der Völker, also ganz undemokratisch, ersetzt. Die lobbygesteuerten Bürokraten erwirkten sich für ihre Hintermänner so Schritt für Schritt immer mehr Macht über die europäischen Völker.

Dieser Vertrag wurde für die Bundesrepublik von Regierungsvertretern unterzeichnet, welche aufgrund eines grundgesetzwidrigen Wahlgesetzes (s. dazu BVerfGE aus 2009 und noch klarer vom 25. Juli 2012 – s. BVerfG 2 BvE 9/11, 2 BvF 3/11) gewählt worden sind. Folglich ist in Zweifel zu ziehen, ob diese Zeichnung eine bindende Wirkung für

die deutschen Völker haben kann oder ob es überhaupt irgendwelche echten Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Zudem ist im sog. Lissabon-Vertrag im Artikel 49a ein Austrittsrecht enthalten.

Gemäß Buchanan und Faith wird ein Austritt definiert als

„ ... a form of secession by a coalition of people from an existing political unit along with the establishment of a new political unit that will then provide public goods of those who defect from the original unit. (Buchanan, Faith 1987 S. 1023)“.

Damit ist die Möglichkeit einer friedlichen Transformation zuerst in Deutschland und dann später auch in Europa gegeben. Dies dann, wenn die Errungenschaften des neuen deutschen Staates Königreich Deutschland von den umliegenden Staaten oder staatsähnlichen Konstrukten übernommen werden wollen. Auf diese Weise kann auch das Völkerrecht friedlich schrittweise vollständig wiederhergestellt werden und es können sich die bestehenden bürokratischen Strukturen schrittweise friedlich auflösen.

Betrachten wir nun einige der grundsätzlichen völkerrechtlichen Gegebenheiten genauer.

3.2. Sezession als Völkergewohnheitsrecht – Selbstbestimmungsrecht der Völker

Unter dem Begriff der Sezession wird allgemein verstanden:

„Secession ist the separation of a part of the territory of a state carried out by the resident population with the aim of creating a new independent state or acceding to another existing state (...) in the absence of consent of the previous sovereign.“

(Haverland zitiert nach Dördelmann 2002, 12)

Hierbei wird die unilaterale und konsensuale Sezession unterschieden.

Der Begriff der unilateralen Sezession bezeichnet die einseitige Sezession, die ohne die Zustimmung des betreffenden Staates oder eines staatsähnlichen Konstruktes und andere Formen von Verhandlungsprozessen durchgeführt wird.

Eine konsensuale Sezession bezeichnet eine einvernehmliche Sezession, die sich gemäß den verfassungsrechtlichen Bestimmungen eines Staates oder durch andere Formen von Verhandlungen vollzieht.

Der Unterschied besteht darin, ob sich die Sezession mit oder auch ohne die Zustimmung des betreffenden Staates, eines staatsähnlichen Konstruktes oder eines Besatzungskonstruktes entwickeln kann und vollzogen wird.

Die Frage nach der Rechtfertigung von Sezessionen wird meist im Spannungsfeld des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und dem Recht der territorialen Integrität von Staaten beleuchtet.

Grundsätzlich ist im Völkerrecht kein allgemeines Sezessionsrecht vorzufinden (Kälin 2009, 488).

Sezession stellt also einen rechtlich neutralen Akt dar, der folglich weder völkerrechtswidrig noch völkerrechtsgemäß ist (Dördelmann 2002; 24).

Als rechtliche Grundlage für die Sezession kann aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker gelten (Kälin 2009, 482) und so wird das Sezessionsrecht aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeleitet.

Das Prinzip der Selbstbestimmung hat sich zu einer unmittelbar anwendbaren Form des allgemeinen Völkerrechtes entwickelt. Es ist erstmals explizit in Ziffer 2 der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Länder und Völker vom 14.12.1960 erwähnt worden (Dekolonialisierungs-Resolution).

Im Art. 1 Absatz 1 und 3 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, also den sog. „UNO-Menschenrechtspakten“ wurde das Selbstbestimmungsrecht ansatzweise rechtlich definiert (Kälin 2009; 283 und Brilmayer 1991; 181 f.).

„Article 1

1. **All peoples** have the right of self-determination ...“

[Hervorhebungen durch den Unterzeichner]

Am 24.10.1970 wurde mit der als rechtsverbindlich anerkannten UNO-Grundsatzerklärung 2625: *Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten* die bisher verbindlichste und umfassendste Formulierung des Selbstbestimmungsrechts vorgenommen (Kälin 2002: 483 f.; Brilmayer 1991: 182).

„By virtue of the principle of equal rights and self-determination of peoples enshrined in the Charter of the United Nations, **all peoples** have the right freely to determine without external interference their political status and to pursue their economic, social and cultural development, and every State has the duty to respect this right in accordance with the provisions of the Charter (General Assembly Resolution 2625 (XXV): Declaration of Principles of International Law concerning).“

[Hervorhebungen durch den Unterzeichner]

Das Selbstbestimmungsrecht gehört damit zu den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes und es ist mittlerweile auch ein Bestandteil des Völkergewohnheitsrechtes. Diese Allgemeinverbindlichkeit basiert auch auf Urteilen des internationalen Gerichtshofes. Es wird zudem als zwingende Norm im Sinne des Artikels 53 des *Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge* (WÜRV) interpretiert (Dördelmann 2002: 28). Damit steht dies gemäß Art. 25 GG über dem einfachen Bundes- und auch dem Landesrecht.

Das defensive Selbstbestimmungsrecht bezeichnet das Recht eines Staatsvolkes, über die eigene Staatsform frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen (Heintze 1994: 93).

Nach der *Friendly Relations Declaration* gilt für das offensive Selbstbestimmungsrecht (Heintze 1994: 83), dass die Errichtung eines souveränen und unabhängigen Staates, die freie Vereinigung mit einem unabhängigen Staat sowie das Entstehen eines anderen frei gewählten politischen Status umfasst ist.

Das offensive äußere Selbstbestimmungsrecht beinhaltet auch die Möglichkeit, den Territorialstatus zu ändern. Das Sezessionsrecht ist somit dem positiven offensiven Selbstbestimmungsrecht zuzuordnen (Heintze 1994: 88; Ott 2008: 88).

Im Fall der Sezession mithilfe des Königreiches Deutschland durch die deutschen Völker stellt sich diese Frage jedoch nicht wirklich, da bereits im Jahre 2009 die

konsensuale unechte Sezession durch das Ausstellen der Gemeinnützigkeitsbescheide des Finanzamtes Wittenberg für die Vereinigung NeuDeutschland vereinbart worden ist.

Sollte dies in Zweifel gezogen oder so interpretiert werden, dass ein Finanzamt Wittenberg eine solche Entscheidung nicht hätte treffen dürfen (was dieses aber auch nicht allein getroffen hat), dann stünde diese Frage doch noch im Raum.

So soll diese Frage unter diesem (theoretischen) Gesichtspunkt weiter unten noch weiter beleuchtet werden, denn diese Frage wird (theoretisch) wichtig, wenn es um eines der Staatsaufbaukriterien, hier das des Staatsgebietes des Königreiches Deutschland, geht.

4. Die Staatsaufbaukriterien

Allgemein hat sich die sogenannte Drei-Elemente-Lehre des deutschen Staatsrechtlers Georg Jellinek durchgesetzt, welcher in seinem 1900 erschienenen Werk „Allgemeine Staatsrechtslehre“ den Staat als ein Völkerrechtssubjekt mit den drei Merkmalen Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt definierte.

Dabei sollte das Staatsgebiet ein dauerhaft in dessen Grenzen ansässiges Staatsvolk beherbergen und wobei es eine Staatsgewalt geben sollte, die in der Lage ist, die Befolgung von Erlässen durchzusetzen (vgl. Jellinek [2. Auflage - 1905], Kapitel 13).

Ebenso wird in der oben schon angeführten Konvention von Moclearntevideo Bezug auf diese Lehre genommen, auch wenn hier als viertes Kriterium die Fähigkeit, mit anderen Staaten in Interaktion zu treten, hinzukommt. Dieser Punkt wird zwar manchmal als erforderlich, jedoch nicht als konstitutiv angesehen.

Auch wenn es bis heute keine klare allgemeingültige Begriffsdefinition gibt, hat sich diese Lehre auch in der Anwendung durchgesetzt.

Gleichwohl gibt es hier auch Ausnahmen. Ein Beispiel dafür ist der Malteser-Ritter-Orden (Souveräner Ritter- und Hospitalorden vom HI Johannes zu Jerusalem von Rhodos und von Malta).

Dieser besitzt den Status eines Völkerrechtssubjektes, obwohl er über kein eigenes Staatsgebiet verfügt. Der Sitz des Ordens in Rom besitzt jedoch Exterritorialität gegenüber der italienischen Regierung.

Anhand dieser Kriterien ist nun zu untersuchen, ob das Königreich Deutschland über die erforderlichen Staatsaufbaukriterien verfügt.

4.1. Ein eigenes Staatsvolk

Im Königreich Deutschland herrscht gemäß Art. 58 der Verfassung eine Drei-Stände-Ordnung. Diese wird als Äquivalent zur 3-Einigkeits der Schöpfungsordnung, also als ein Naturgesetz innerhalb des eigenen Erkenntnisgebäudes, verstanden.

Die **Staatsangehörigen** gliedern sich hierbei in „Staatsvolk“, „Staatsbürger“ und die im Stand der „Deme“. Sie alle besitzen die Staats**angehörigkeit**. Gegenwärtig (Stand 7. Juli 2023) sind dies insgesamt 776 Individuen.

Eine abgeschwächtere Form bilden die Staats**z**ugehörigen. Diese sind im nicht eingetragenen Staatsverein Königreich Deutschland, mit Sitz im Staat Königreich Deutschland, vereint. Auch hier muss die Verfassung als erwählte Ordnung angenommen werden. Dies sind gegenwärtig 4879 Personen. Dazu sind ein Bekenntnis zur Verfassung des Königreiches Deutschland mithilfe einer Zugehörigkeitserklärung, sowie eine Akzeptanz der Verfassung und der Gesetze des Königreiches Deutschland erforderlich. Hierbei ist aber z.B. auch keine Prüfung zu den Inhalten der Verfassung erforderlich. Insgesamt haben sich Stand 7. Juli 2023 also 5655 Individuen zum Königreich Deutschland bekannt und sich unter und hinter die vom Obersten Souverän geschaffene Ordnung gestellt.

Die Staatsangehörigkeit zum Stand des Staatsvolkes erfordert den Besuch von ausgewählten Seminaren (auch online kostenfrei möglich), die Beantragung der Staatsangehörigkeit, die Beibringung der angeforderten Unterlagen und die bestandene Aufnahmeprüfung zu den Inhalten der Verfassung. Hat man diese bestanden, erfolgt eine einjährige Probezeit. Ist diese absolviert, gehört man zum Staatsvolk.

Dies wiederum ist die Grundbedingung, um in den Stand eines Staatsbürgers zu gelangen. Dies kann in Einzelfällen durch Ernennung durch das Staatsoberhaupt geschehen oder aber durch das Bestehen einer Bürgerprüfung. Dies wiederum ist Grundvoraussetzung, um ein aktives und/oder passives Wahlrecht innezuhaben.

Möchte man in einem der Räte tätig werden, so ist eine Befähigungsprüfung erforderlich. Das Ziel ist eine effiziente und korruptionsfreie Regierungstätigkeit.

Einiges davon ist noch im Aufbau, wird für die Zeit des Aufbaus aber bereits entweder durch den Obersten Souverän (das Staatsoberhaupt) selbst oder durch seine bestellten Amtsträger im Staatsdienst umgesetzt.

Das Königreich Deutschland verfügt mit der Verfassung Königreich Deutschland und zahlreichen Gesetzen über eine klar strukturierte Ordnung. Diese unterscheidet sich in zahlreichen Aspekten klar von allen anderen staatlichen Ordnungen, von allen deutschen (auch ehemaligen) Verfassungen und auch vom Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Da alle Staatsangehörigen ein Bekenntnis zu dieser Ordnung leisten, formt sich hierbei ein deutlich unterscheidbares gemeinschaftliches Zusammenleben innerhalb der staatlichen Ordnung des Königreiches Deutschland, welches sich tatsächlich in alle Lebensbereiche hinein erstreckt.

Das beginnt schon mit der Geburt, wo keine „Geburtsurkunde“ erstellt und eine Person erschaffen wird, sondern wo es die „Beurkundung der Lebendgeburt“ gibt, die dazu führt, dass der junge Mensch in seiner Würde unantastbar bleibt und trotz allem später, eingebettet in eine fürsorgende Ordnung des Staates, umfassende rechtliche Interaktionen mit anderen Individuen erfahren kann.

Ein Beispiel dafür ist auch durch die Presse mit dem reißerischen Titel gegangen: „Das Kind das es nicht gibt.“

Weiter geht dies mit einer Bildungspflicht, deren Einhaltung staatlich beaufsichtigt wird.

Dabei stehen u.a. die bestmögliche individuelle Entwicklung der Persönlichkeit und das Recht auf Arbeit und Gesundheit im Vordergrund.

Ein paar weitere wesentliche Unterschiede zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland seien benannt:

- Gemäß Art. 15 ist der Staat Ausdruck der Schöpfungsordnung.
- Gemäß Art. 16 der Verfassung ist der Staat zudem Garant der Schöpfungsordnung.
- Gemäß Art. 18 besteht eine allgemeine Bildungspflicht, jedoch keine Schulpflicht.
- Gemäß Art. 19 gibt es nur eine staatliche Gesundheitskasse. Alle Krankheiten gehen zu Lasten des Staates. Erwirtschaftete Überschüsse werden in den Staatshaushalt eingestellt.
- Gemäß Art. 20 besteht das Recht auf Arbeit aber keine Pflicht zur Arbeit.
- Gemäß Art. 25 hat die Erde, als eigener lebendiger Organismus und eigene juristische Person, das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Gesundheit.
- Gemäß Art. 34 genießen die Kommunen umfassende Selbstverwaltungsrechte bis hin zur eigenen Geldschöpfungsmöglichkeit.
- Gemäß Art. 41 ist ein Ziel der Rechtsprechung, die Aufrichtung und Ausrichtung des Individuums an der Schöpfungsordnung. Gerechtigkeit steht über dem niedergeschriebenen Recht.
- Gemäß Art. 43 sind die Richter unabhängig.
- Gemäß Art. 45 sind die Grundrechte unveräußerlich.
- Gemäß Art. 49 darf kein Deutscher gegenüber einem Ausländer oder einem Staatenlosen benachteiligt werden. [...]
- Gemäß Art. 56 hat jeder das Recht auf Gesundheit und gesunde und natürliche Lebensmittel.
- Gemäß Art. 60 ist die Presse der Wahrheit verpflichtet.
- Gemäß Art. 77 ist es verboten, Kriegswaffen in das Ausland zu liefern oder unmittelbar oder mittelbar durch Deutsche im Ausland zu produzieren.
- Gemäß Art. 78 sind Zins und Zinseszins verboten.
- Gemäß Art. 79 der Verfassung herrscht im Königreich Deutschland Steuerfreiheit.
- Gemäß Art. 87 ist das Königreich Deutschland Rechtsnachfolger in das Reichsvermögen und Rechtsnachfolger des 2. Deutschen Reiches.

Die Schöpfungsordnung nimmt im Königreich Deutschland eine zentrale Rolle ein. Sie ist sowohl auf der Internetseite als auch im Anhang in der Verfassung als Glaubens- und/oder Weltanschauungsgebäude definiert. Ebenso ist diese noch umfassender im Werk „Endzeit 2020“, welches vom Staatsoberhaupt in den Jahren 2016 – 2018 geschrieben worden ist, dargelegt.

Das Königreich Deutschland stellt damit ein neues gemeinschaftliches Konzept des Zusammenlebens mit einer veränderten neuen Ethik dar.

Bereits hier ist klar das eigene Staatsvolk mit seiner eigenen Identität erkennbar und damit ist auch der Tatbestand einer eigenen Bevölkerung gegeben.

Diese Bevölkerung lebt auch ständig auf den dreifach unterschiedlich definierten Staatsgebieten.

4.2. Ein eigenes Staatsgebiet

Einleitung

Ob das Königreich Deutschland eigenes Staatsgebiet mithilfe der Sezession auf dem Gebiete des deutschen Staates geschaffen oder es herausgelöst oder auch neu begründen konnte, ist in der öffentlichen Diskussion gelegentlich noch umstritten.

Diese Strittigkeit entsteht aus der Unkenntnis heraus, dass die konsensuale unechte Sezession bereits 2009 vereinbart worden ist und schon deshalb kein tatsächliches Spannungsverhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Souveränität der Staaten oder staatsähnlichen Konstrukte (z.B ein de-facto-Regime) und ihrer Integritätsinteressen besteht.

Dieses Spannungsverhältnis bestünde ja nur, wenn die Sezession entgegen der Interessen eines bestehenden Staates geschehen würde, wenn dieser Staat zudem Möglichkeiten zur Verhinderung der Sezession in seiner Verfassung oder grundgesetzlichen Ordnung verankert hätte (wie z.B. in der Ukraine oder China) und wenn dieser Staat dabei noch ein echter Rechtsstaat wäre, der seinem Volk umfassende Freiheit gewährte.

Gesetzt dem Fall, diesen Konsens gäbe es nicht, dann wäre die Existenz eines völkerrechtlichen Sezessionsrechts davon abhängig, zugunsten welches Prinzips dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Interesse der Wahrung von Integrität eines real existierenden bestehenden Staates aufgelöst wird (vgl. Kälin 2009: 481f.).

In der „Friendly Relations Declaration“ wird postuliert, dass das Selbstbestimmungsrecht zur Sezession nicht ermächtigt, wenn der Staat die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung der Völker gewährleistet sowie die gesamte Bevölkerung unabhängig von Rasse, Glaube und Hautfarbe repräsentiert wird.

Im Umkehrschluss ist eine Sezession völkerrechtlich zulässig, wenn es zu systemischen und eklatanten Menschen- oder Minderheitenrechtsverletzungen kommt. Das Sezessionsrecht ist dann als eine Art Notwehrrecht anzusehen.

Auch hier hängt dies wieder mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zusammen.

Wie allgemein bekannt, werden in der Bundesrepublik die zusammenfassend im § 92 StGB formulierten Verfassungsgrundsätze kaum noch beachtet. Zu beobachten ist:

- Es ist vielfach ein Stillstand der Rechtspflege eingetreten.
- Es gibt keine Gewaltenteilung, keine Unabhängigkeit der Gerichte, keine Unabhängigkeit der Exekutive (mehr).
- In der Person des Justizministers vereinen sich alle drei Gewalten. Dieser sitzt in der Legislative und befiehlt die Judikative und Exekutive als Dienstherr.
- Die Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik können keine internationalen Haftbefehle mehr ausstellen, da international erkannt wurde, dass es keine unabhängigen Staatsanwaltschaften gibt.
- Die Vorgaben des Art. 20 Abs. 3 werden kaum noch beachtet.
- Die Bundesregierung ist aufgrund eines ungültigen Wahlgesetzes gewählt worden.
- Gesetze werden vielfach ohne die Beachtung der Geschäftsordnung des Bundestages beschlossen und dann trotzdem an der Basis umgesetzt.

- Ebenso ist zu beobachten, dass rechtskräftige Titel nicht mehr vollzogen werden oder Gerechtigkeit angestrebt wird.

Der Beispiele gäbe es noch sehr viele.

Gemäß dieser Theorie ließe sich eine Sezessionsbestrebung also rechtfertigen.

Einige weitere Sezessionstheorien sind:

„Primary Right“ - Theorien

Hier gilt das Sezessionsrecht als generelles Recht zur politischen Selbstbestimmung. Hierbei gibt es zwei Typen. Theorien, die das Sezessionsrecht als kollektives Recht von Gruppen begründen und die, welche das Sezessionsrecht als individuelles Recht von Bürgern begründen (Buchanan 2004: 352).

„Communitarian“-These

Hier wird das Selbstbestimmungsrecht als Gruppenrecht mittelbar von den individuellen Interessen der Mitglieder der Gruppe abgeleitet (Tesón 1998: 138) und zwar durch einen begründeten Begriff der Gemeinschaft. Gemeinsame kulturelle oder normative Einstellungen gelten als erforderliche Bedingungen zur Begründung politischer Gemeinschaft.

„Plebiszitary (or Majoritarian)“-Theorie

Hierbei wird der Mehrheit der Bürger eines staatlichen Territoriums ein Sezessionsrecht zugesprochen (Buchanan 2004: 353). Das Sezessionsrecht ist damit ein spezielles Individualrecht (Dördelmann 2002: 85).

Gelegentlich stellt sich immer noch die Frage nach dem Rechtsträger des Selbstbestimmungsrechtes, sowie nach der Anerkennung neuer Staaten.

Nach dem Wortlaut des Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 der UN-Menschenrechtspakte sind „*all peoples*“ Träger des Selbstbestimmungsrechtes, wodurch auch sonstige als Volk identifizierbare Kollektive beachtet werden müssen (Dördelmann 2002: 30). Der Begriff „Volk“ stellt damit einen unbestimmten Rechtsbegriff dar.

Das Volk ist als eine Gruppe anzusehen, die sich selbst als Volk mit eigener Identität ansieht, aus der ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht. Zu diesem Schluss kommt ein Expertenteam der UNESCO, welches auch die objektiven Kriterien für den Begriff des Volkes zu definieren suchte (*United Nations Educational Scientific and cultural Organisation 1989; International Meeting of Experts on further study of the concept of the rights of peoples*).

Das Volk des Königreiches Deutschland verfügt sowohl über die dort formulierten objektiven als auch subjektiven Kriterien. Dies kommt schon sowohl in der Verfassung als auch im Glaubensgerüst der Schöpfungsgesetze zum Ausdruck. Es findet sich auch in der gemeinsamen Identität und in dem Bekenntnis zur Schöpfungsordnung, zu einer neuen Wirtschaftsordnung, einem neuen Geldwesen, neuem Gesundheitswesen usw.

In der internationalen Völkergemeinschaft wird ein Recht auf Sezession trotzdem gelegentlich noch abgelehnt. Das zeigt sich auch in der Praxis.

Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer grundgesetzlichen Ordnung nimmt aber auch hier eine Sonderstellung ein, da diese von Anbeginn von den Alliierten endlich konzipiert worden ist. Dieses Ende tritt dann ein, wenn

„... eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

(Artikel 146 Grundgesetz)

Wie schon ausgeführt, kann das deutsche Volk auch nur eine Gruppe sein, die als Vorreiter anderen den Weg ebnet.

Bereits das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist also eine ausreichende Rechtfertigung für die Legitimität und Legalität des Anspruchs auf das deutsche Staatsgebiet durch den Obersten Souverän mithilfe des hauptsächlich durch ihn geschaffenen Staates Königreich Deutschland und der Staatsangehörigen als Staatsvolk.

Das Grundgesetz und damit auch die Bundesrepublik und die Bundesregierung können als Besatzungsverwaltung dem auch nicht entgegenstehen. Darauf weisen der Art. 146 GG als auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23.10.1951 mit dem Az: 2 BvG 1/51 hin.

Hier ein paar wenige Leitsätze daraus:

„21. Eine Verfassungsgebende Versammlung hat einen höheren Rang als die auf Grund der erlassenen Verfassung gewählte Volksvertretung. Sie ist im Besitz des „pouvoir constituant“. Mit dieser besonderen Stellung ist unverträglich, daß ihr von Außen Beschränkungen auferlegt werden.

35. Das Grundgesetz enthält keine uneingeschränkte Garantie für den Bestand der derzeitigen Länder und ihrer Gesetze.

39. Die Vorschriften des Grundgesetzes (und der Landesverfassungen) über die Verfassungsorgane und ihre Kompetenzen beziehen sich auf intakte, nicht auf sterbende und werdende Länder. Während der Dauer eines Neugliederungsprozesses dürfen daher auch andere als die dort vorgesehenen Organe gebildet werden.“

Das von Unwissenden angeführte Argument, dass das Königreich Deutschland über kein eigenes Staatsgebiet verfügen könne, da dieses von der Bundesrepublik oder vom noch handlungsunfähigen (Zweiten) Deutschen Reich in Anspruch genommen werde, ist mit Kenntnis der obigen Tatsachen unhaltbar. Die Bundesrepublik ist von Anbeginn als temporäres Übergangskonstrukt angelegt worden und kann keinen Alleinvertretungsanspruch auf das Staatsgebiet des deutschen Staates erheben. Das immer noch handlungsunfähige Deutsche Reich kann sich schon deshalb nicht gegen eine Sezession erwehren, da es keine Funktionsträger hat. Zudem wäre eine Verhinderung der Sezession auch nicht statthaft, da auch in der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 oder in den einzelnen Verfassungen der Bundesstaaten kein explizites Sezessionsverbot enthalten war. Folglich hat das Königreich Deutschland mindestens ebenso Anspruch auf den deutschen Boden wie die Besatzungsverwaltung, die Bundesstaaten oder der deutsche Staatenbund.

Wie oben schon erwähnt, ist gegenwärtig schon zu erkennen, dass ein Stillstand der effektiven Rechtspflege eingetreten ist und sich das staatsähnliche Besatzungskonstrukt bereits im Zerfallsprozess befindet.

In dem Fall ist zudem die UN-Resolution 56/83 vom 12.12.2001 anwendbar, welche in einigen Auszügen wie folgt lautet:

„Art. 9 Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen

Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.

Artikel 10 Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung

1. [...]

2. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil eines Hoheitsgebietes eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehendem Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.

3. [...]“

Auch dies ist wieder eine völkerrechtliche Bestätigung der Legitimität des Staates Königreich Deutschland, dessen Volk aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker (und damit eines jeden Individuums dieses Volkes) das Recht hat, sich als sonstige Bewegung neu zu orientieren und dessen Handlungen dann auch als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechtes zu werten sind.

Nachdem nun das Bestehen eines Staatsgebietes des Königreiches Deutschland und der vorrangige Anspruch auf das Gesamtstaatsgebiet vielfach nachgewiesen ist, soll nun die konkrete Gliederung des Staatsgebietes dargelegt werden.

Das eigene Staatsgebiet gliedert sich im Königreich Deutschland in drei sich unterscheidende Ausdehnungen.

1. Das originäre Kernstaatsgebiet

Dies ist das Gebiet, über das der Oberste Souverän seit der Staatsgründung am 16.09.2012 weitestgehend uneingeschränkt Hoheitsmacht über die auf dem Staatsgebiet lebenden Staatsangehörigen mithilfe der Organe des Staates Königreich Deutschland ausübt. Ebenso wird die Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland und die Gesetze auf dem Gebiet auf Besucher angewandt.

2. Das Kernstaatsgebiet

Dies ist das Gebiet, welches durch Kauf, Zustiftung oder Beitritt weiterer Teil des Staatsgebietes wird und auf welchem dann, genauso wie im Originären Kernstaatsgebiet, die Hoheitsmacht des Obersten Souveräns mithilfe der Verfassung, der Gesetze und der institutionellen Organe ausgeübt wird.

3. Das Gesamtstaatsgebiet

Das Gesamtstaatsgebiet des Königreiches Deutschland umfasst das Gebiet des Deutschen Reiches gemäß dem Völkerrecht. Hier übt der Oberste Souverän des Königreiches Deutschland seine Hoheitsmacht prärogativ nur über seine Staatsangehörigen aus. Der ebenso noch bestehende Territorialverwalter verwaltet diese Gebiete noch so lange, bis der Oberste Souverän auch diese Gebiete gemäß seiner gefassten Ordnung zu organisieren gedenkt.

Diese Gliederung ergibt sich aus der Verfassung des Königreiches Deutschland und seiner Gesetze. Sie ergibt sich bereits auch aus dem Vorläufer, der Vereinigung Neu-Deutschland, und der mit der Bundesrepublik vereinbarten, sukzessiv ausgeführten, konsensualen unechten Sezession und in Sukzession (Rechtsnachfolge) mithilfe einer Verfassungsgebenden Versammlung in das Völkerrechtsobjekt des (Zweiten) Deutschen Reiches.

Wie sich dies im Alltag zeigt, soll hier kurz angeführt werden:

Möchte man zu einer Veranstaltung im Königreich Deutschland zugelassen werden, dann ist dies nur mit einem Tagesvisum, einer Identitätskarte des Königreiches Deutschland oder einer Staatszugehörigkeitserklärung möglich. Jeder Besucher muss zur Kenntnis nehmen, dass auf dem Staatsgebiet die Verfassung und die Gesetze des Königreiches Deutschland gelten, angewandt und durchgesetzt werden. Auf dem Staatsgebiet weht eine Flagge des Königreiches Deutschland.

Dieses Staatsgebiet weitet sich gegenwärtig erheblich aus. Mittlerweile übt der Oberste Souverän, Wir, Peter I. König von Deutschland, Menschensohn ... seine Hoheitsmacht auf einem immer umfangreicheren Gebiet aus, welches gemäß immer zahlreicherer Presseberichte ein Mehrfaches an Größe gegenüber dem Vatikanstaat innehat. In den Veröffentlichungen des Königreiches Deutschland sind diese Gebietszuwächse des Kernstaatsgebietes im Reichsanzeiger jeweils veröffentlicht.

4.3 Eine eigene Staatsgewalt (Hoheitsmacht)

Gemäß Art. 3 der Verfassung ist das Königreich Deutschland eine neue Staatsform. Es soll die Form eine direkten aufsteigenden Demokratie in der Organisationsform einer Räterepublik mit einer konstitutionellen Wahlmonarchie verbinden. Sind Strukturen noch nicht vorhanden, übernimmt der Oberste Souverän so lange die erforderlichen Aufgaben (s. Art. 92 der Verfassung).

Die Bürger wählen direkt ihre Räte und ihren Bürgermeister. Dieser ist als Ratsvorsitzender im nächst höheren Regionalrat, vergleichbar einem Landrat tätig. Auch dieser Rat wählt wieder seinen Präsidenten, der dann in den Bezirksrat einzieht und schließlich wird dessen Präsident in den Staatsrat gewählt. Die jeweiligen Räte sind an die Beschlüsse ihrer unteren Ratsversammlung gebunden und vertreten die Interessen der Gemeinde, der Region, des Bezirkes im Staatsrat.

Aus diesem ernennt und entlässt der König oder Präsident die Minister.

Die Amtszeit hat keine Begrenzung. Sie wird durch Wahlen und Prüfungen ermöglicht und solange der Amtsträger sehr gute Arbeit leistet, ist er im Amt. Kann es ein Anderer besser oder hat sich der Amtsträger etwas zu Schulden kommen lassen, wird dieser ersetzt. Das soll der Korruption vorbeugen und gewährleisten, dass es immer zu einer Positivauslese kommt.

Bedingung für eine solches Ehrenamt ist das Bestehen einer Verwaltungsprüfung. Regionalratspräsidenten und folglich auch alle höheren Ratsmitglieder müssen im Stand der Deme sein und die Stufe 2 der Prüfung bestanden haben. Der erste König wird vom Staatsrat auf Vorschlag des Obersten Souveräns auf Lebenszeit erwählt. Dies jedoch nur so lange, wie der König die mentalen, emotionalen und körperlichen Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes erfüllen kann.

Der König kann seinen Nachfolger und den Zeitpunkt der Nachfolge aus dem Kreise des Staatsrates oder eines Bezirksrates vorschlagen und seine eigene Ablösung jederzeit selbst bestimmen. Ob auch dieser neue König von den wahlberechtigten Bürgern direkt gewählt werden soll oder muss, ist noch offen.

All das hat jedoch keinen Einfluss auf die Räte und die unteren Strukturen.

Aufgrund der noch zu geringen Größe, sind einige der Strukturen noch nicht erforderlich. Sie werden sich aber entwickeln, wenn dies erforderlich wäre.

Als Institutionen sind die Deutsche Heilfürsorge, die Deutsche Rente, die Deutsche Pflege, eine Unfallabsicherung und weitere Strukturen wie die Königliche Reichsbank, eine eigene Währung (die E-Mark und die Neue Deutsche Mark), ein eigener freier Markt, eine Akademie usw. vorhanden. Diese Strukturen sind auch im Internet ersichtlich und auch real existent. Das ist durch die vielen Presseartikel über das Königreich Deutschland und seine zahlreichen Institutionen auch offenkundig.

Zudem existieren umfassende eigene Verwaltungsstrukturen, die eigene Identitätskarten, Führerscheine und Reisepässe ausgeben. Daraus ist eine umfassende Struktur ersichtlich, die klar auf ein staatliches Leben schließen lässt.

Ebenso sind zur Grundsicherung des Staatsvolkes staatliche Betriebe vorhanden, da Wasser und wichtige andere Grundbedürfnisse nicht privatisiert werden dürfen. Dies soll eine hohe Qualität sicherstellen. Trotzdem gibt es neben dieser Planwirtschaft einen freien Markt. Die Staatsbetriebe sind gegenüber dem freien Markt mit leichten Vorteilen versehen. Freie Betriebe am Markt wirken somit als zusätzliche innovative Kraft. Diese Ausgestaltung soll auf eine schrittweise erreichbare geldlose Gemeinschaft hinwirken, aber auch die Grundbedürfnisse aller Menschen zu jeder Zeit sichern. Ein vollständig gesteuerter Markt wie in der DDR oder in anderen Planwirtschaften wird nicht angestrebt.

Auch der Aspekt der Staatsgewalt und der Staatstruktur ist im Königreich Deutschland damit gegeben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Königreich Deutschland ein völkerrechtswirksam gegründeter Rechtsstaat ist, der sowohl über ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet, eine Staatsgewalt und eine ausgeformte staatliche Struktur mithilfe staatlicher Institutionen und Organe zur Organisation eines Gemeinschaftslebens verfügt.

Zu diesem Schluss sind auch zahlreiche bundesrepublikanische Stellen gekommen. So z.B. der Polizeipräsident von Berlin in seinem Clearingbericht vom 15.01.2014. Hier heißt es auf Seite 2:

„Zusammenfassend läßt sich sagen, dass Herr FITZEK einen eigenen Staat gegründet hat, zu dem u.a. eine eigen Krankenkasse sowie eine eigene Bank, die „Königliche Reichsbank“ gehören.“

Beweise in Ablichtungen:

Clearingbericht Polizeipräsident Berlin vom 15.01.2014

Anlage 16

Gutachten hww vom 15.02.2019 – 2 IN 315/16

**Anlage 7
b.b.**

Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau vom 12.08.2022

Anlage 17

Notarielle Urkunden zur Stiftung Königreich Deutschland

**Anlagen
12,13,
b.b.**

Wie im Art. 7 der Konvention von Montevideo völkergewohnheitsrechtlich festgelegt ist,

„ ... kann die Anerkennung eines Staates ausdrücklich oder stillschweigend erfolgen. Die letztere resultiert aus jeder Handlung, aus der die Absicht zur Anerkennung des neuen Staates abgeleitet werden kann.“

Diese wenigen Beispiele zeigen mehr als deutlich, dass diese Anerkennung längst erfolgt ist, sie nur noch keinen umfassenden offiziellen Charakter, z.B. in Form einer völkerrechtlichen Anerkennungserklärung durch einen anderen Staat oder durch die gemeinsame Gründung der „Erneuerten Vereinten Nationen“ als Internationale Organisation durch das Oberhaupt des Königreiches Deutschland in Verbindung mit anderen Staaten, erlangt hat.

Königreich Deutschland, [06889] zu Wittenberg
geschehen am dreizehnten des siebten Monats in zweitausendunddreiundzwanzig

Wir
Peter I.
König von Deutschland
Oberster Souverän
Königreich Deutschland
Menschensohn des Horst u. der Erika
aus dem Hause Fitzek [Peter Fitzek (sic!)]